

bei der Kontrastierung der Lebensverhältnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den polnischen Westgebieten auffällt.⁵ Gleichzeitig gelingt es *Ther* nur bedingt, den selbstgestellten Anspruch (S. 18f.) einzulösen, die Vertriebenengeschichte als Paradigma der jeweiligen Entwicklung des gesellschaftlichen Gesamtsystems vorzuführen; dazu bedürfte es einer stärker auf die Genese der Systeme gerichteten Darstellung der Zusammenhänge zwischen der spezifisch vertriebenen- und allgemein gesellschaftspolitischen Entwicklung.

Trotz aller Kritik an ungelösten Problemen der Methode und Darstellung ist beiden Studien eine möglichst umfangreiche Leserschaft nicht nur aus einem engeren Fachpublikum, sondern aus der interessierten Öffentlichkeit insgesamt zu wünschen. Denn das Verdienst der Autoren soll in keiner Weise geschmälert werden, sich einer überaus interessanten und für die historisch-politische Bewusstseinsbildung wichtigen Thematik aus frischem (für manche gewiß provokanten) Blickwinkel genähert zu haben. Darin liegt zugleich eine besondere Chance des historischen Vergleichs, nämlich einer in anderen Ansätzen manchmal festgefahrenen Diskussion neues Leben zuzufächeln.

Andreas R. Hofmann

- 1 Übrigens ist der Begriff des „polykratischen Charakters des nationalsozialistischen Herrschaftssystems“ nach Kenntnis des Rezensenten nicht erst, wie Esch meint (S. 10), 1976 von Peter Hüttenberger geprägt worden, sondern bereits in den sechziger Jahren von Martin Broszat; vgl. M. Broszat, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969 (zahlreiche weitere Auflagen).
- 2 Z. B. schreibt Esch zunächst Alexander, später richtig Aleksander Zawadzki; die von ihm genannte polnische Soziologin, die nach dem Krieg mit Untersuchungen

zur Bevölkerungsstruktur Breslaus her-vortrat, hieß Irena Turnau, nicht Turnaz; der erste Außenminister der Provisorischen Regierung hieß W. Rzymowski, nicht Zymowski.

- 3 G. Aly, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1995, S. 268-273.
- 4 Vielmehr war die Handhabung der Eigentumsfrage in den polnischen Siedlungsgebieten trotz der Dekretbestimmungen regional sehr heterogen und von den jeweils vorherrschenden pragmatischen Zwecken bestimmt; vor Gericht geführte Auseinandersetzungen um zwischen Neusiedlern und Alteingesessenen umstrittenes Eigentum zogen sich noch bis zum Anfang der sechziger Jahre hin.
- 5 Auf breiter Materialgrundlage aufgearbeitet von E. Dmitrów, *Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglądy i opinie z lat 1945-1948* [Deutschland und die hitleristische Okkupation in den Augen der Polen. Ansichten und Meinungen aus den Jahren 1945-1948], Warszawa 1987.
- 6 Da sich die Neusiedler aus Zentralpolen vorwiegend aus den ärmsten Gesellschaftsschichten rekrutierten, unterschieden sich ihre Lebensverhältnisse trotz bestimmter Startvorteile, von denen jedoch nur wenige profitierten, häufig nicht so deutlich von denjenigen der Vertriebenen, wie *Ther* anzunehmen geneigt ist; die staatliche Umverteilungs- und Abgabepolitik führte darüber hinaus zu einer weiteren Nivellierung der Lebensverhältnisse.

Benjamin Lapp, *Revolution from the Right. Politics, Class, and the Rise of Nazism in Saxony, 1919-1933*, Humanities Press Boston 1997, 248 S.

Sachsen gehörte zu den wenigen deutschen Bundesstaaten in denen sich nach der Novemberrevolution über mehrere Jahre hinweg eine sozialdemokratische Regierung etablieren und eine dezidiert sozialistische Reformpolitik betreiben konnte. Dieses „linksrepublikanische

Projekt“ (Karsten Rudolph) fand seinen Höhe- und Schlußpunkt in der SPD/KPD-Regierung von 1923, die durch die Reichsexekution abgesetzt wurde. Nur sieben Jahre später – im Juni 1930 – konnte die NSDAP in dem einstmals „roten Sachsen“ ihren deutschlandweit ersten großen Wahlsieg einfahren. Der Frage, wie es innerhalb so kurzer Zeit zu einem derartig dramatischen Wandel der politischen Kultur des Freistaates kommen konnte, geht *Lapp* nach. Sein Anliegen war es nicht, der Vielzahl von Lokal- und Regionalstudien zum Aufstieg der NSDAP eine weitere für Sachsen hinzuzufügen, sondern die Untersuchung des politischen Kontextes, der den Aufstieg des Nationalsozialismus in Sachsen beförderte. Um diesen zu erhellen, erschien es *Lapp* notwendig nicht nur die bürgerlichen Parteien und Organisationen näher zu betrachten, sondern auch deren Widerpart die sächsische Sozialdemokratie, die bis zu den Wahlen von 1932 stärkste Partei im Lande blieb.

In den ersten Kapiteln untersucht der Autor einerseits die Novemberrevolution, sowie die sozialistische Reformpolitik und andererseits die antisozialistische Mobilisierung des Bürgertums. Er behandelt die Strategien der bürgerlichen Organisationen und Parteien im Krisenjahr 1923, die Reichsexekution, und die folgenden Auseinandersetzungen innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie. Der zweite Teil der Studie beschäftigt sich mit der Krise der bürgerlichen Politik in der Mitte der zwanziger Jahre, die sich widerspiegelte in einer Radikalisierung der Eliten und der Zerfaserung des Parteiensystems, in deren Ergebnis zahlreiche nationallistische und Sonderinteressen vertretende Gruppierungen entstanden. Das Buch schließt mit einer Diskussion der Rolle der NSDAP in der sächsischen Landespolitik, ihrer Beziehung zu den bürgerlichen Parteien und ihrem Erfolg bei der Gewinnung proletarischer Wähler.

In der Beurteilung der sozialdemokratischen Regierung nach der Novemberrevolution ist sich *Lapp* mit Rudolph und anderen Historikern einig, wenn er in dieser das Potential dafür sah, eine tiefgreifende Demokratisierung in Sachsen durchzusetzen, und damit die großen Fehler der Sozialdemokratie nach der Revolution auf der Reichsebene zumindest regional zu korrigieren. Er sieht jedoch nur wenig Chancen, mit einer sozialdemokratischen Reformpolitik in einem Einzelstaat das zu korrigieren, was auf der Reichsebene fehlschlug. Die Revolution in Sachsen vollenden zu wollen, war nicht mehr als eine Illusion. Daß dies letztlich scheiterte, sagt nicht nur etwas über die Fehler und Illusionen der Linkssozialisten aus, sondern gibt uns auch ein Beispiel davon, wie weit konservative bürgerliche Kräfte bereits 1923 zu gehen bereit waren, wenn es um die Bekämpfung der Sozialdemokratie ging. Die Ausschaltung demokratischer Mechanismen, wozu die bürgerlichen Eliten in Sachsen 1923 bereit waren, nimmt die Politik der bürgerlichen Parteien auf der nationalen Ebene nach dem Kollaps der parlamentarischen Regierungen in den frühen dreißiger Jahren vorweg.

Die von *Lapp* vertretene These, daß die Reichsexekution das Ende der sozialdemokratischen Reformpolitik bedeutete, erscheint im Lichte neuerer Forschungen von Mike Schmeitzner u. a. fraglich. Ein Kolloquium Ende 1998 zur Ehrung von Erich Zeigner, dessen Ergebnisse demnächst von Michael Rudloff herausgegeben werden, erbrachte den überraschenden Befund, daß einige Reformanstöße – wie die Reform des Strafrechts – nach der Absetzung der Zeigner-Regierung weitergeführt wurden. Hier sind weitere Forschungen nötig, die weniger nach der Zäsur als nach den Kontinuitäten über das Jahr 1923 hinaus fragen.

Auch die von *Lapp* als real angenommenen Putschpläne der sächsischen KPD im Jahre 1923 bedürfen einer ge-

nauerer Untersuchung, da über die sächsische KPD und ihr Verhältnis zu Moskau nur sehr wenig bekannt ist. Es erscheint jedoch fraglich, ob sächsische Kommunisten wie Heckert oder Böttcher wirklich den Umsturzplänen der Zentrale folgten, oder ob sie mehr Rhetorik waren. Die sächsische KPD von 1923 – so auch der Tenor des bereits zitierten Zeigner-Kolloquiums – war nicht die KPD von 1930 (Wertner Bramke).

Mit seiner Untersuchung der Alten Sozialdemokratischen Partei (ASP), die sich nach der Reichsexekution von der SPD abspaltete, betrat Lapp Neuland, da es bisher zu dieser Partei sieht man einmal von dem Aufsatz von Christopher Hausmann ab keine Forschungen gab. Obwohl diese von den Wahlerfolgen her kaum den Status einer Splitterpartei übertraf, spielte sie in der von Lagerdenken und Konfrontation gekennzeichneten politischen Landschaft Sachsens eine entscheidende Rolle. Sie war – der FDP in der Bundesrepublik der siebziger und achtziger Jahre durchaus vergleichbar – das Zünglein an der Waage, ohne ihre Unterstützung konnte nach 1923 keine Regierung mehr gebildet werden, da keiner der beiden Blöcke – weder der marxistische noch der bürgerliche – über eine Mehrheit verfügte. Sie besaß damit eine strategisch wichtige Position, aber ohne eine eigene Identität zu besitzen. Als sie unter Nickisch begann, sich eine eigene von der SPD unterscheidende Identität aufzubauen, driftete sie nach „rechts“, lehnte den Internationalismus ab und orientierte auf nationale Positionen verbunden mit sozialen Reformen. Sie knüpfte an Lassalle und dessen positiver Haltung zum bürgerlichen Staat an. Ihr nationaler Sozialismus machte sie schließlich für die NSDAP attraktiv. Lapp urteilt abschließend über sie, daß sie als politisches Experiment fehlschlug.

Thomas Adam

William Lamont (Hrsg.), *Historical controversies and historians*, UCL Press, London 1998, 242 S.

William Lamont, bisher vor allem mit Arbeiten zum Puritanismus und über die Zeit des Bürgerkriegs hervorgetreten, legt mit dieser Essaysammlung eine entschiedene Absage an den Glauben an ein kanonartiges historisches Wissen vor. Das Buch besteht aus zwei Teilen, die dem Titel (*Historical Controversies/Historians*) entsprechen.

Der erste Teil ist einigen berühmten historischen Kontroversen gewidmet, der zweite möchte ins Bewußtsein rufen, daß Geschichte von Historikern gemacht wird, die selbst Teil eines Prozesses des Erkenntnisgewinns sind, zu dem Vorannahme, Prüfung des Materials sowie Verifizierung und Falsifizierung gehören. Hypothesen werden im Zuge detaillierter Untersuchungen modifiziert, manchmal auch widerlegt. Manches historische Werk erweist sich nach *Lamonts* Ansicht im Ergebnis nahezu als Widerlegung der Ausgangsthese. Der Band macht zugleich deutlich, daß Historiker Kinder ihrer Zeit sind.

Im zweiten Teil bildet sich ein Schwerpunkt um Aufsätze, die von dem tiefgreifenden Einschnitt der Reformation handeln, und von „ihren“ Historikern. 1971 wertet *Lamont* in seiner Einführung zum Buch als ein wichtiges Datum für die britische historische Wissenschaft: Es war das Jahr, in dem Keith Thomas' *Religion and the Decline of Magic* erschien – neben E. P. Thompsons *The Making of the English Working Class* eines der einflußreichsten historischen Werke der letzten fünfzig Jahre. Drei Aufsätze beschäftigen sich mit Vorläufern oder Wegbereitern von 1971, nämlich mit Max Weber, R. H. Tawney und Lawrence Stone. Für alle drei veränderte die Reformation die europäische, ja die Weltgesellschaft ganz entscheidend. Der rote Faden von Weber mit seiner berühmten Verbindung von Kapitalismus